Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/ 4111

Der Bundesminister für Wirtschaft

III D 2 - 02 75 13 -

Bonn, den 21. April 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Neugliederung der im nationalen Besitz befindlichen Mineralölgesellschaften**

Bezug: **Große Anfrage der Fraktion der SPD**
— Drucksache V/3723 —

Die einzelnen Fragen beantwortet die Bundesregierung wie folgt:

1. Welche Rolle spielt die Gelsenkirchner Bergwerks AG (GBAG) im Rahmen der energiepolitischen Vorstellungen der Bundesregierung mit dem Ziel einer Bündelung der nationalen deutschen Unternehmen im Mineralölbereich?

Auf die Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG) entfallen allein 28% der Raffinerie-Kapazitäten der deutschen Mineralölverarbeitung; mit dem gleichen Anteil ist sie an der ARAL AG beteiligt; an das Netz der ARAL AG sind 11 000 von insgesamt 46 000 Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland angeschlossen. Weitere Anteile der ARAL AG halten die

Scholven-Chemie AG	mit 28%
Wintershall AG	mit 15%
Mobil Oil AG	mit 28%.

Der Anteil der GBAG ist für ein weiteres Zusammenwirken der deutschen Gesellschaften im Vertrieb von Kraftstoffen von großer Bedeutung. Außerdem verfügt die GBAG als einziges Unternehmen der deutschen Gruppe über eine Rohölförderung im Ausland (zur Zeit etwa 4 Millionen Tonnen). Sie ist damit in der Lage, etwa die Hälfte ihres gesamten Rohölbedarfs selbst zu decken.

Der Marktanteil der deutschen Unternehmen — gemessen am gsamten Inlandsverbrauch — betrug 1968 25%; 1965 kontrollierten einheimische Unternehmen noch etwas über 30% des Gesamtverbrauchs. Der Rückgang des Marktanteils zwischen diesen beiden Jahren erklärt sich durch den Übergang der DEA in ausländisches Eigentum. Weitere Transaktionen dieser Art

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

würden den Restbestand an deutschem Eigentum in der Mineralölverarbeitung in den Bereich der Einflußlosigkeit bringen. Die Bundesregierung war deshalb seit 1967 bereit, gegebenenfalls zu intervenieren.

Auf die Dauer kann der Marktanteil der deutschen Mineralölunternehmen aber nur durch ihre eigene Wettbewerbskraft gesichert werden. Zu dieser Entwicklung wird eine enge Kooperation beitragen. Bei dem Vertrieb von Kraftstoffen ist sie in der ARAL AG bereits vorhanden; in der Rohölversorgung wird sie angestrebt. Darüber hinaus eröffnet die Beteiligung des RWE an der GBAG beiden Gesellschaften neue Möglichkeiten für rationelle Zusammenarbeit.

2. Hat die Bundesregierung über die diplomatischen Kanäle klargestellt, daß der politische Druck einer befreundeten Regierung, beim Verkauf des Gelsenberg-Pakets zu einer ihr genehmen Lösung zu kommen, keineswegs den üblichen und vertretbaren Usancen der Entwicklung internationaler Beziehungen entspricht?

Die Bundesregierung hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten und auf den verschiedensten Ebenen alle politischen Perspektiven einer Konsolidierung in der deutschen Mineralölgruppe dargelegt und hat die Bedeutung des GBAG-Pakets für diese Konsolidierung erläutert. Sie fand bei ihren Gesprächspartnern im Prinzip Verständnis für den deutschen Wunsch, vor Kooperationen mit anderen Mineralölunternehmen zunächst und vorrangig die eigene Mineralölposition zu fundieren.

3. Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen über einen etwaigen Verkauf des GBAG-Pakets an einen deutschen Konzern unter Berücksichtigung der energiepolitischen Konzeption der Bundesregierung beschleunigt und baldmöglichst erfolgreich abgeschlossen werden können?

Diese Verhandlungen haben inzwischen zum Erfolg geführt. Zuvor hat die Bundesregierung wiederholt erkennen lassen, daß sie eine privatwirtschaftliche Konsolidierung der deutschen Mineralölinteressen auf möglichst breiter Grundlage anstrebt, und daß sie — ohne eine Präferenz für den einen oder anderen Weg — alle Verhandlungen begrüße, deren Ergebnisse effektiv zu einer derartigen Konsolidierung führen.

4. Hält es die Bundesregierung für wünschenswert und erreichbar, daß die von den großen internationalen Mineralölkonzernen unabhängigen nationalen Gesellschaften der EWG eine immer engere Zusammenarbeit einleiten, um ein wirksames Gegengewicht zur bestehenden Marktmacht bilden zu können?

Die Bundesregierung hält eine engere Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen Mineralölgesellschaften der Gemeinschaft für wünschenswert. Die von den deutschen Gesellschaften

geplante und von der Bundesregierung unterstützte Zusammenarbeit in der Rohölversorgung wird die Bedingungen für eine enge Kooperation zwischen den nationalen Gesellschaften der Gemeinschaftsländer entscheidend verbessern. Bei den letzten deutsch-französischen Konsultationsgesprächen am 13. und 14. März 1969 ist unter diesen Gesichtspunkten die Gründung der „Deutschen Erdölversorgungsgesellschaft mbH" positiv beurteilt worden. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß eine Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene am ehesten und schnellsten unter gleichrangigen Partnern zustande kommen wird. Die „Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH" soll im eigenen Namen und für eigene Rechnung Ölquellen erwerben und ein dauerndes Bindeglied dieser Gesellschaften sein. Der Aufbau einer gemeinsamen Rohölbasis erfordert eine Starthilfe des Staates.

Auch für die Europäischen Gemeinschaften ist eine stärkere Kooperation zwischen den unabhängigen Unternehmen der Partnerländer im Rahmen der gemeinsamen Energiepolitik förderungswürdig. Mit Beschluß des Ministerrats vom 10. Juli 1967 haben sich die Mitgliedsländer auf einige Leitsätze für die weitere Arbeit im Bereich von Erdöl und Erdgas geeinigt. Vor allem sollen geeignete Maßnahmen gesucht werden, um jede Art der Zusammenarbeit oder des Zusammenschlusses mehrerer Unternehmen der Gemeinschaft im Bereich der Erdölsuche zu fördern.

Die Kommission hat in der dem Ministerrat am 8. Januar 1969 zugeleiteten „Erste Orientierung für eine gemeinschaftliche Energiepolitik" besondere finanzielle und steuerliche Hilfen für Erdölprojekte vorgeschlagen, die für die Gemeinschaft von besonderem Interesse sind. Die Bundesregierung hält diese Initiative für wichtig.

Schiller